



An die Adressaten gemäss Verteiler

31. August 2020

Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über die politischen Rechte

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Gesetz über die politischen Rechte (GPR, LS 161) trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Es wurde seither mehreren Teilrevisionen unterzogen, die sich in der Regel auf einzelne Änderungen beschränkten. Die letzte Änderung trat am 1. Januar 2018 in Kraft. Sie umfasste die Koordination der Wahlen und Amtsantritte verschiedener Organe.

Die Gemeinden sind für einen gewichtigen Teil des Vollzugs des GPR zuständig. Ihre Interessenverbände meldeten in den letzten Jahren Anpassungsbedarf für verschiedene Gesetzesbestimmungen. Die Direktion der Justiz und des Innern nahm dies zum Anlass, den Anpassungsbedarf auch aus kantonaler Sicht zu erheben. Ursprünglich sollte die Überprüfung und Umsetzung des Anpassungsbedarfs von Kanton und Gemeinden in drei Etappen erfolgen. Nachdem die zeitlich dringliche Koordination der Wahlen und Amtsantritte verschiedener Organe in Kraft getreten ist und die Arbeiten zur flächendeckenden Einführung von E-Voting bis auf weiteres eingestellt sind, ist die ursprünglich vorgesehene Etappierung hinfällig geworden. Der in den letzten Jahren festgestellte Anpassungsbedarf soll deshalb im Rahmen der vorliegenden Revision gesamthaft behandelt werden.

Die Direktion der Justiz und des Innern setzte im Januar 2020 zwei thematische Arbeitsgruppen ein, um einen frühzeitigen und engen Einbezug wichtiger Anspruchsgruppen sicherzustellen. Zur Mitarbeit eingeladen waren die Gemeinden bzw. ihre Interessenverbände sowie die im Kantonsrat vertretenen politischen Parteien. Die Rückmeldungen der beiden Arbeitsgruppen flossen in die Vernehmlassungsvorlage ein.

Mit der Vernehmlassungsvorlage sollen politische Vorstösse des Kantonsrates im Zusammenhang mit Listennummern, Unvereinbarkeitsregelungen für Mitglieder des Kantonsrates und der Erhöhung der Transparenz bei Regierungsratswahlen behandelt werden. Weiter nimmt die Vernehmlassungsvorlage den inhaltlichen und rechtsetzungstechnischen Revisionsbedarf von Gemeinden und kantonaler Verwaltung auf. Dieser betrifft Änderungen unter anderem zum Mehrheits- und Verhältniswahlverfahren, zum Initiativ- und Referendumsrecht, zum Beleuchtenden Bericht, zum Amtsantritt der Rechnungsprüfungskommission sowie zum Gemeindewahlbüro.



Die Vernehmlassungsvorlage verfolgt die Absicht, die Verfahren zur Ausübung der politischen Rechte im Kanton Zürich zu vereinfachen, im Gesetzesvollzug erkannte Schwachstellen zu beheben sowie kleinere gesetzliche Lücken zu schliessen.

Weitere Ausführungen zu den Änderungen finden Sie in der Vernehmlassungsvorlage, die zusammen mit weiteren Unterlagen zur Vernehmlassung unter www.zh.ch/de/politik-staat/gesetze-beschluesse/vernehmlassungen.html abgerufen werden kann.

Der Regierungsrat hat die Direktion der Justiz und des Innern am 19. August 2020 ermächtigt, das Vernehmlassungsverfahren durchzuführen (RRB Nr. 782/2020). Entsprechend laden wir Sie ein, **bis zum 30. November 2020** zur Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen.

Ihre Stellungnahmen richten Sie bitte an die Direktion der Justiz und des Innern, Generalsekretariat, Neumühlequai 10, Postfach, 8090 Zürich. Im Interesse einer einfachen und schnellen Auswertung bitten wir Sie, Ihre Vernehmlassungen in elektronischer Form an alexander.locher@ji.zh.ch zu übermitteln.

Bei Fragen zur Vernehmlassungsvorlage steht Ihnen Dr. Alexander Locher gerne zur Verfügung (Tel. 043 259 25 42).

Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Jacqueline Fehr
Regierungsrätin



Adressatenliste

A. Gemeinden und ihre Organisationen sowie Gerichte

- Politische Gemeinden des Kantons Zürich
- Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV)
- Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV)
- Verband Zürcher Schulpräsidien (VZS)
- Verwaltungskommission der kantonalen Gerichte

B. Kantonsrat und politische Parteien

- Geschäftsleitung des Kantonsrates
- Parlamentsdienste
- Alternative Liste (AL)
- Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)
- Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)
- Christlich-Soziale Partei (CSP)
- Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)
- Evangelische Volkspartei (EVP)
- Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)
- Grüne Partei (Grüne)
- Grünliberale Partei (GLP)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Sozialdemokratische Partei (SP)

C. Intern

- Direktionen des Regierungsrates
- Staatskanzlei
- Statthalterkonferenz
- Bezirksratskanzleien
- Gemeindeamt
- Statistisches Amt